

COVID-19: Eine globale Gesund- heitskrise

Ein Blick auf die Pandemie an der Schnittstelle von Biologie und Medizin: Was wir über das Virus wissen und welche Ansätze es für die Entwicklung von Tests, Impfstoffen und Medikamenten gibt.

Von **Sandra Kumm** und **Jörg Hacker**

1.115.553

bestätigte COVID-19-Tote weltweit

WHO-Statistik,
27. Oktober 2020

Ende Dezember 2019 tauchten Berichte über eine mysteriöse Lungenentzündung in Wuhan auf, einer chinesischen Stadt mit elf Millionen Einwohnern in der Provinz Hubei. Die Ursache, so stellten chinesische Wissenschaftler schnell fest, war ein neues Corona-Virus. Es ist entfernt mit dem SARS-Virus verwandt, das 2002 in China aufgetaucht war, bevor es sich weltweit ausbreitete und fast 800 Menschen tötete. Neun Monate und mehr als 38 Millionen bestätigte Fälle später hat sich die COVID-19-Pandemie zur schlimmsten öffentlichen Gesundheitskrise seit einem Jahrhundert entwickelt. Mehr als eine Million Menschen sind bis Ende Oktober 2020 gestorben. Gleichzeitig hat die Pandemie eine „Revolution“ in der Forschung ausgelöst, da Wissenschaftler und Ärzte seit Beginn des Ausbruchs mit enormer Geschwindigkeit daran arbeiten, COVID-19 und das Virus, das die Krankheit verursacht, zu erforschen und zu verstehen. Vor allem der Grundlagenforschung kommt hier eine besondere Bedeutung zu.

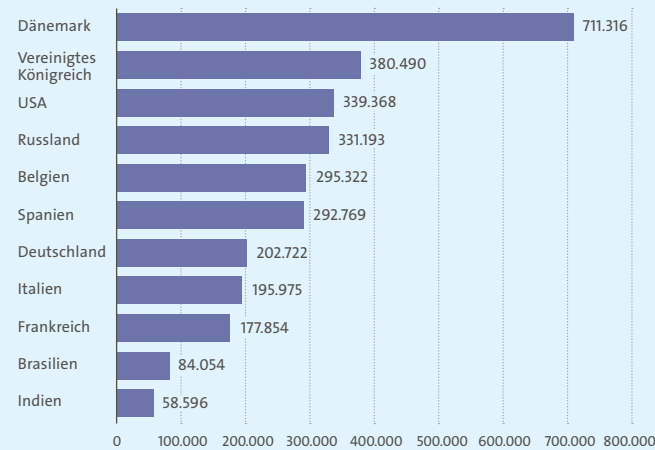
Im Gegensatz zum SARS-Virus, das im Jahr 2003 etwa fünf Monate nach dem Ausbruch isoliert werden konnte, gelang es chinesischen Wissenschaftlern, das neue Corona-Virus innerhalb weniger Tage aus Atemproben eines Wuhan-Patienten zu isolieren. Und während man für die Genomsequenzierung des SARS-Virus 2003 nach der Identifizierung des Erregers noch einen Monat brauchte, war das Genom des neuen Corona-Virus bereits am 10. Januar 2020 in der GISAID-Datenbank verfügbar, nur zehn Tage nach der Identifikation des neuen Erregers. Möglich wurde diese schnelle Entschlüsselung des Erbgutes mit einem Verfahren, das Next Generation Sequencing (NGS) genannt wird und eine sehr große Anzahl von DNA-Molekülen parallel sequenzieren kann. Diese Daten dienen als Grundlage zur Analyse des Übertragungsweges sowie zur Entwicklung von Therapeutika und Impfstoffen.

Eine wichtige Anwendung der genomischen Daten war die Entwicklung eines Testverfahrens, um infizierte Personen zu identifizieren. Die Methode der Wahl für den hochempfindlichen Nachweis des Virus bei Menschen ist die reverse Transkription, an die sich eine Polymerase-Kettenreaktion (RT-PCR) anschließt, die sich die virale Genomsequenz zunutze macht. Die Arbeitsgruppe um Christian Drosten, Direktor des Instituts für Virologie an der Berliner Charité, hatte den ersten PCR-Diagnostiktest für das neue Corona-Virus entwickelt und zur Verfügung gestellt. Antigentests, die im Gegensatz zur PCR schneller, aber weniger zuverlässig sind, beruhen auf dem Nachweis von Proteinen und werden derzeit auf ihre Marktreife überprüft.

Zu testen, ob der Erreger vorhanden ist, nimmt in der Bekämpfung von Pandemien einen wichtigen Stellenwert ein. Es ermöglicht Aussagen zur Anzahl und zur Verteilung des Erregers in der Bevölkerung und bildet die Grundlage für die Unterbrechung von Infektionsketten. Seit Ausbruch der Pandemie wurden in Deutschland die Kapazitäten für die PCR-Testung stetig erhöht. Derzeit können wöchentlich über eine Million PCR-Tests durchgeführt werden. Wissenschaftliche Daten zur Ausbreitung von SARS-CoV-2 haben bestätigt, dass Cluster die Treiber der Pandemie sind. Eine gezielte Eindämmung von Clustern scheint daher wichtiger zu sein als das Auffinden von Einzelfällen durch eine breite Testung, was gegenwärtig intensiv diskutiert wird.

Durchschnittliche Zahl durchgeführter Corona-Tests (je Million Einwohner)

Johns Hopkins University/WHO, 6. Oktober 2020



Impfstoffe und Therapeutika

Die Pandemie führt vor Augen, wie wichtig die Grundlagenforschung ist. Weltweit suchen Wissenschaftler nach einem Impfstoff für SARS-CoV-2 und nach Medikamenten gegen die Erkrankung. Dabei greifen sie auf vorhandenes Grundwissen zurück. Die Entwicklung von COVID-19-Therapeutika erfordert ein fundamentales Verständnis der molekularen Prozesse, die am Lebenszyklus des Virus beteiligt sind. Antivirale Medikamente sollen die Vermehrung der Viren blockieren oder verhindern, dass sie in Lungenzellen eindringen. Biochemiker verfügen bereits über eine Fülle molekularer Informationen zu den atomaren Strukturen der RNA-abhängigen RNA-Polymerase, ein Enzym, das für die Vermehrung der Viren benötigt wird. Remdesivir, ursprünglich gegen Ebola entwickelt, konnte als Mittel identifiziert werden, das die Wirkung der RNA-Polymerase stört und die Vermehrung der Viren stoppen bzw. begrenzen könnte.

Impfstoffe zielen darauf ab, den Körper einem Antigen auszusetzen, das zwar keine Krankheit verursacht, aber eine Immunantwort hervorruft, die das Virus blockieren oder töten kann, wenn eine Person infiziert wird. Es gibt verschiedene Typen von Impfstoffen, die gegen das Corona-Virus getestet werden. Bis vor wenigen Jahren hätte man für die Entwicklung eines Impfstoffes mindestens 15 Jahre veranschlagt. Hier haben die Entwicklung neuer Technologien sowie die Erfahrung aus vorherigen Impfprojekten eine rasante Beschleunigung ermöglicht. Gegenwärtig befinden sich mehr als 180 Impfstoffkandidaten in der Entwicklung. Verschiedene Arbeitsgruppen entwickeln Impfstoffe unter Verwendung des Virus selbst, in abgeschwächter oder inaktivierter Form. Viele Impfstoffe, etwa gegen Masern oder Polio, werden so hergestellt. Allerdings erfordern sie umfangreiche Sicherheitstests. Andere Ansätze verfolgen das Ziel, Nukleinsäure in

Form von DNA oder RNA für ein Protein des Corona-Virus in menschliche Zellen einzuschleusen, die dann Kopien des Virus-Proteins produzieren. Impfstoffe auf RNA- und DNA-Basis sind sicher und relativ leicht zu entwickeln, aber bisher in der Praxis unerprobt. Eine weitere Gruppe stellen die viralen Vektorimpfstoffe dar. Dazu wird ein Virus genetisch so verändert, dass es Proteine des Corona-Virus im Körper produzieren kann. Der 2019 zugelassene Ebola-Impfstoff ist dafür ein Beispiel.

Derzeit wird darüber diskutiert, wie ein Impfstoff gerecht verteilt werden kann. In Deutschland erarbeitet die Ständige Impfkommission eine Strategie. Eine Priorisierung soll gewährleisten, dass schwere Erkrankungen und Todesfälle soweit wie möglich durch die Impfung vermieden werden. In jedem Fall muss auch die Wirksamkeit jedes zugelassenen Impfstoffs berücksichtigt werden. In einer gerade erschienenen Preprint-Studie haben amerikanische Wissenschaftler Modelle berechnet, die zeigen, dass mit einem hocheffizienten Impfstoff zunächst die jüngere Bevölkerung geimpft werden sollte, um die Verbreitung des Virus optimal zu verlangsamen. Ein weniger effizienter Impfstoff sollte anfänglich an ältere Menschen verteilt werden, da sie besonders stark von schweren Verläufen betroffen sind und durch den Impfstoff geschützt werden könnten. Eine gerechte Verteilungsstrategie muss daher in der Lage sein, möglichst flexibel auf die jeweilige Situation reagieren zu können.

Fazit

Die Corona-Pandemie ist eine globale Herausforderung, die globale Lösungen erfordert. Dabei sind internationale Zusammenarbeit sowie der freie Zugang zu wissenschaftlichen Ergebnissen essentiell. Um mit der großen Dynamik von Viren Schritt zu halten, sind koordinierte Bekämpfungsstrategien notwendig. Wir müssen die Erreger besser studieren, unsere Frühwarnsysteme verbessern und uns möglichst vorbeugend schützen. Zudem muss der One Health-Ansatz stärkere Beachtung finden, der die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt als eine Einheit betrachtet. Unabdingbar ist es auch, das Infektionsgeschehen systemisch zu betrachten, gesamtgesellschaftliche Aspekte einzubeziehen und die Gesellschaft mitzunehmen, um Fragen der Pandemieentstehung und -bekämpfung zu diskutieren.

Dr. Sandra Kumm

ist wissenschaftliche Referentin des Präsidenten der Leopoldina – Nationale Akademie der Wissenschaften.

Prof. Dr. Jörg Hacker

lehrt an der Universität Würzburg Molekulare Infektionsbiologie. Er war bis Februar 2020 Präsident der Leopoldina und zuvor Präsident des Robert-Koch-Instituts. Seit 2006 ist er BAdW-Mitglied. Im Januar 2021 erscheint sein Buch „Pandemien. Corona und die neuen globalen Infektionskrankheiten“ bei C.H.Beck.

Herausforderung für den Rechtsstaat

Quarantäneregeln, geschlossene Schulen und Grenzen, Versammlungsverbote – die Maßnahmen der vergangenen Monate setzten auch in Deutschland Grundrechte außer Kraft.

Von **Oliver Lepsius**

Sollte die Bundesregierung weitreichende Maßnahmen auch ohne Zustimmung des Bundestags oder der Bundesländer beschließen dürfen?

Mannheimer Corona-Studie

21. März 2020

71%

der Befragten stimmen zu

20. April 2020

40%

der Befragten stimmen zu

Wie sollen Entscheidungen in ungewissen Situationen getroffen werden, konkret, wenn es um ein neues Virus geht, dessen Ansteckungswege und Ansteckungswahrscheinlichkeiten zunächst kaum bekannt sind und das zu ungewohnten Krankheitsverläufen mit Todesfolge führt, für die keine therapeutische Erfahrung vorliegt? Können Grundrechte helfen, in Situationen gut zu entscheiden, in denen es der Sache nach um Medizin und Epidemiologie geht?

Bedeutung der Grundrechte in Ausnahmesituationen

Grundrechte sind nach unserer Verfassungsordnung zunächst Rechte, mit denen der Einzelne seine Freiheitsrechte gegen hoheitliche Beschränkungen verteidigen kann. Diese Freiheitsrechte stehen nicht zur Disposition der Mehrheit nach dem Motto: Wir können uns in einer Ausnahmesituation doch einig sein, kollektiv auf die Ausübung unserer Freiheiten zum Wohle aller zu verzichten. Das gerade lässt das Grundgesetz nicht zu. Man kann nicht sagen (wie wir es freilich hören mussten), die Bürgerinnen und Bürger bekämen ihre Freiheitsrechte schon wieder alle zurück, oder ab jetzt dürfe wieder (in Maßen) demonstriert werden und auch Gottesdienste könnten wieder stattfinden. Indem es das Grundgesetz verbietet, Freiheitsrechte zu derogieren oder zuzuteilen, zwingt es die staatlichen Organe dazu, die Grundrechte bei ihren Handlungen zu beachten. Sie sind nicht nur Abwehrrechte des Einzelnen, sie werden auch zu objektiven Maßgaben, die politisches Handeln anleiten und auf denen die Legitimation der Rechtsordnung ruht.

Verhältnismäßigkeit als Verhaltensmaßstab

Der Effekt dieser Bindungswirkung der Grundrechte ist nun auch, dass staatliche Organe ihr Handeln gerade nicht einseitig ausrichten dürfen, sondern die Vielfalt der geschützten Belange im Blick behalten müssen. Aussagen wie „Es geht um Leben und Tod“ oder „Jeder Tote ist einer zu viel“ reduzieren und hierarchisieren die Freiheitsrechte. Das Grundgesetz geht aber nicht von der Gesundheit als höchstem Wert aus, sondern zwingt bei der politischen Priorisierung eines Schutzguts (in diesem Fall Gesundheit) zur Abwägung mit den anderen Schutzgütern. Wer Gesundheit fördern will, muss sich juristisch immer der Frage stellen, welche Mittel dafür in Frage kommen und wie sich diese Mittel auf die Verfolgung der anderen Grundrechte auswirken: Sind sie geeignet, das Ziel zu erreichen? Sind sie dafür erforderlich, oder gibt es weniger invasive, mildere Mittel, die das gleiche Ziel gleich gut erreichen? Und schließlich: Steht die Verkürzung der Freiheit noch in einem angemessenen Verhältnis zur Förderung des anderen Freiheitsrechts? Das sind die Kriterien des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes – eine der zentralen juristischen Errungenschaften der deutschen Staatsrechtslehre und des Bundesverfassungsgerichts. Er wurde in den späten 1950er Jahren formuliert, seither verfeinert und ist heute in vielen Rechtsordnungen der Welt ein deutscher Exportschlager. Ließen sich juristische Errungenschaften (Erfindungen mag ich nicht schreiben) patentieren, dann wäre das Bundesverfassungsgericht steinreich.

Unterzieht man politische Priorisierungen einer Verhältnismäßigkeitsprüfung, erhält man typischerweise besser begründete Entscheidungen. Man könnte meinen, die Politik werde behindert, das als richtig Erkannte konsequent umzusetzen. Recht begrenze doch nur die Handlungsfähigkeit, eine Rechtskontrolle sei von Natur aus nachgelagert. Das Grundgesetz sagt jedoch, die Grundrechte sind schon den Entscheidungen der Legislative und Exekutive zugrunde zu legen. Grundrechte verwirklichen sich nicht erst ex post mit der Inanspruchnahme von Rechtsschutz durch die Gerichte. Was wäre das für ein Rechtsstaat, bei dem die Inanspruchnahme von Freiheit von ihrer Einklagbarkeit abhinge! Nein, damit Grundrechte tatsächlich wirken, müssen sie schon der Entscheidung der staatlichen Organe und nicht erst bei deren nachträglicher Kontrolle zugrunde gelegt werden.

Genauere Zielformulierungen

Die Grundrechte zwingen Entscheidungsträger zunächst dazu, das Ziel des Handelns genauer zu bestimmen. Das ist gerade bei Entscheidungen unter Ungewissheit und unklaren Kausalverläufen eine wichtige Aufgabe. Worum geht es bei der Pandemiebekämpfung? Den Schutz jedes einzelnen

Das nahezu komplette Abstellen auf die virologische Expertise in den ersten Krisenwochen war auch Ausdruck einer gewissen Hilflosigkeit.

Lebens zum Ziel zu erklären („Jeder Tote ist einer zu viel“) kann grundrechtlich gesehen kein sinnvolles Ziel sein, weil dem Staat dafür die Mittel fehlen und auch der Wirkungszusammenhang von hoheitlicher Handlung und Tod bei der Pandemie so vielfältig und unberechenbar ist, dass sich der Staat den möglichen Tod gar nicht zurechnen lassen kann. Es kann beim Gesundheitsschutz nur um ein Mehr oder Weniger gehen, nicht um einen absoluten Erfolg. Wie viel Gesundheit mit welchen Mitteln und um welchen Preis für andere Schutzgüter – das ist die grundrechtliche Frage. Dann aber muss das politische Ziel präziser gefasst werden: Wie viele Kranke kann das Gesundheitssystem verkraften? Welche Infektionszahlen errechnen sich daraus? Wie können die Kapazitäten erhöht werden? Wie können die Infektionsrisiken reduziert werden? Es geht dann um die kapazitätsgerechte Steuerung der Pandemie – zunächst in den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, also der Medizin, aktuell eher in den Gesundheitsämtern, also der Verwaltung. Ziele lassen sich, jedenfalls in der Pandemie, präziser formulieren, wenn man sie grundrechtlich abbildet. Daran hat das politische System im Ganzen ein Interesse, weil die Angst um Leben und Tod genommen wird, weil Handlungen in ihren

Einbruch der Mobilität in Deutschland während des Corona-Lockdowns

Veränderungen im Vergleich zum März 2019 auf der Basis von Mobilfunkdaten*
 COVID-19 Mobility Project (RKI/HU Berlin)



*Vergleich zu den jeweiligen Wochentagen einer Woche aus dem März 2019, Bewegungsdaten der Mobilfunkanbieter Deutsche Telekom und Telefónica

18%

der Befragten geben an, dass sie in der aktuellen Situation starke Angstgefühle verspüren

Mannheimer Corona-Studie, 20. März 2020

44 Tage

fanden in Bayern Gottesdienste aller Glaubensrichtungen nicht oder nur virtuell statt

Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung, März/April 2020

Befürworten Sie Grenzschießungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie?

Mannheimer Corona-Studie

24. März 2020

90,6%

der Befragten stimmen zu

2. Juli 2020

26,5%

der Befragten stimmen zu

Wirkungszusammenhängen begreifbarer werden, weil die Politik Erwartungen auch gerecht werden kann und nicht vor Unerfüllbarem scheitert, wenn das persönliche Schicksal zur staatlichen Verantwortung wird. In der Corona-Pandemie wurde dieser aufklärerische Beitrag grundrechtlichen Denkens zunächst nicht genutzt. Erst Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble brachte der Öffentlichkeit diesen Aspekt in Erinnerung, als er Ende April in einem Interview für den Berliner „Tagesspiegel“ dem Lebensschutz nicht alles unterordnen wollte.

Maßvolle Mittel ausprobieren – hinzunehmende Risiken thematisieren

Die Abwägungssituation zwingt ferner dazu, bei Entscheidungen die Folgen für andere Rechtsgüter bewusst zu kalkulieren. Schon die Suche nach milderem Mitteln impliziert, auch die Rechtsgüter zu bedenken, denen nicht das primäre Ziel des Handelns gilt. Wer Schulen und Kitas schließt, wählt nicht das mildeste Mittel. Grundrechtlich angebracht sind solche Entscheidungen jedenfalls nicht, auch wenn das Nichtwissen über Infektionswege und -geschwindigkeiten in der juristischen Praxis vorübergehend mit einer reduzierten Kontrollintensität prämiert wird. Doch das muss in der Entscheidungssituation nicht davon abhalten, zunächst Maßvolleres auszuprobieren. Man beseitigt das Unwissen übrigens nicht, indem man Kausalverläufe unterbricht. Insofern führt ein am milderem Mittel ausgerichtetes politisches Handeln zu neuem Wissen, zum learning by doing, zu trial and error, zum Gewinnen von Erfahrung, die gerade in Ungewissheitssituationen nötig ist, um am Ende präziser vorgehen zu können.

Eine grundrechtlich strukturierte Entscheidungskultur zwingt schließlich dazu, Risiken einzugehen. Das ist immer der Preis der Freiheit. Es gibt keinen risikolosen Gebrauch von Freiheit. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz bezweckt Entscheidungen, bei denen die Risiken, entweder zu wenig zu tun oder zu invasiv zu handeln, tunlichst minimiert werden. Natürlich kann man das Infektionsrisiko reduzieren, indem man Blumenläden schließt oder das Sitzen auf Parkbänken verbietet. Aber wie wahrscheinlich sind solche Infektionswege, wie relevant sind sie überdies für eine Erkrankung (Viruslast) und schließlich für eine Überforderung des Gesundheitssystems? Handelt es sich hier um eine empirisch plausible Kausalitätskette? Selbst wer dies bejaht, muss fragen, ob das verbleibende Risiko gleichwohl nicht hinzunehmen ist, so wie wir ja auch andere Risiken hinnehmen, etwa im Straßenverkehr oder bei der jährlich wiederkehrenden Grippewelle. Steht der hypothetische Gewinn an Gesundheitsschutz, der durch solche Verbote erzielt werden soll, noch in einem angemessenen Verhältnis zum tatsächlichen Eingriff in andere Grundrechte, etwa Bildung, Berufsfreiheit, persönliche Entfaltung oder auch Gesundheit durch Naturgenuss?

Solche Fragen grundrechtlich zu thematisieren, hilft politischen Entscheidungsträgern übrigens auch, ihre Entscheidungen rational zu begründen und sich übertriebenen, von Angst geprägten Erwartungen der Öffentlichkeit entgegenzustellen. Als das Oberverwaltungsgericht Münster den Lockdown im Kreis Gütersloh für unverhältnismäßig erklärte, weil er zu weitflächig angeordnet wurde und die konkreten Infektionszahlen nicht berücksichtigte, reagierte die Politik geradezu dankbar auf die Aufhebung der Verordnung: Jetzt verfüge man über Kriterien, wie mit neuem Infektionsgeschehen umzugehen sei. Offenbar hat der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz geholfen, die Handlungskriterien zu erweitern und einen Weg aus Maximallösungen zu weisen. Das nahezu komplette Abstellen auf die virologische Expertise in den ersten Krisenwochen war ja auch Ausdruck einer gewissen Hilflosigkeit und Kategorienarmut. Hier hilft eine intensivere grundrechtliche Prüfung bei der Klärung des undifferenzierten Ziels genauso wie bei der Formulierung klarerer Zweck-Mittel-Relationen. Man darf auch nicht unterschätzen, wie medial getrieben Politik ist und wie dankbar Politiker gelegentlich sind, wenn sie dem Druck in der Öffentlichkeit standhalten können, indem sie sich auf politisch nicht beeinflussbare Expertise berufen können. Das können Virologen, das können aber auch Juristen sein.

Prof. Dr. Oliver Lepsius

lehrt Öffentliches Recht und Verfassungstheorie an der Universität Münster. Er forscht u. a. zu den Grundlagen des Öffentlichen Rechts, zu Demokratietheorie, Rechtsphilosophie und Eigentumstheorie. Bereits Ende April wies er in einem Gastbeitrag für die FAZ auf die Beschädigung der Grundrechte während des Corona-Lockdowns hin. Der BADW gehört er seit 2009 als Mitglied an.

Irritation und Chance

Dreißig Jahre früher
wäre die Pandemie ganz
anders verlaufen:
Das Corona-Virus hat einen
enormen Digitalisierungsschub
ausgelöst.
Nun muss man darüber
nachdenken, was davon über
die Krisensituation
hinaus erhaltenswert ist.

Von **Christoph Neuberger**

70%

der Deutschen hatten zwischen
dem 21. und dem 27. März
keine privaten Treffen mit Freunden,
Verwandten oder Arbeitskollegen

Mannheimer Corona-Studie,
März 2020

In der Corona-Pandemie ist die eigene Wohnung zum Rückzugsort geworden. Weil das Leben weitergehen musste, erlebten wir einen Digitalisierungsschub, die Verlagerung des Alltags aus der Offline- in die Onlinewelt. Der Rechner mit Bildschirm und Kamera ist Kommunikationszentrale und Fenster zur Welt, weil sich dort seit dem Lockdown viel von dem abspielt, was ansonsten an unterschiedlichen Orten passiert: am Arbeitsplatz, in Klassenzimmern und Hörsälen, auf Ämtern und in Praxen, in fremden Wohnungen, in Parks oder Cafés.

Beschleunigung durch Krisen

Krisensituationen sind Bewährungsproben für neue Medien, die ihre besonderen Chancen und Risiken offenbaren. Sie setzen ein zeitlich verdichtetes Lernen in Gang und kanalisieren ihren weiteren Gebrauch. Gerade bei einem so formbaren Medium wie dem Internet gab es viele Schlüsselereignisse. Sie lieferten Erfahrungswerte beim Umgang mit dem Medium und lösten öffentliche Debatten aus. Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 beispielsweise kursierten viele Falschmeldungen und Gerüchte im Netz. Internet-Redaktionen waren überfordert, weil sie laufend aktualisieren sollten, ihnen aber der Überblick über das Geschehen fehlte. Nachrichten-Websites waren dem Ansturm der Nutzer nicht gewachsen und schalteten auf einen Notbetrieb um. Augenzeugenberichte und Kommentare in Blogs machten offensichtlich, dass sie die Medien ergänzen können.

Auch die Pandemie lieferte in diesem Frühjahr Anlässe zum Experimentieren und Reflektieren. Das Digitale ist gerade wegen seiner Einfachheit universell und vielfältig einsetzbar. Daher ist es auch so schwer zu fassen. Da alle Lebensbereiche auf längere Zeit betroffen sind, stellt sich an vielen Stellen die Frage, was von den neuen digitalen Verwendungsweisen über die Pandemie hinaus erhaltenswert sein wird. Sind Home-schooling und Homeoffice Modelle der Zukunft? Haben wir eine Aneignung „von unten“ erlebt oder eine wachsende Dominanz der großen Plattformen? Darf der Datenschutz auf Kosten der Gesundheitsfürsorge gehen (Stichwort „Corona-App“)?

Bemerkenswerter Digitalisierungsschub

Ein Blick in die Mediengeschichte zeigt, was den gegenwärtigen Digitalisierungsschub so bemerkenswert macht: Vor allem im 19. Jahrhundert kam es zu großen Durchbrüchen in der Mobilität und Kommunikation, also beim Transport von Menschen und Gütern (Eisenbahn, Dampfschiff, Automobil) sowie bei der Übermittlung von Nachrichten (Telegraf, Telefon, Massendruck). Technische Verbesserungen und der Ausbau der Infrastruktur machten Raum und Zeit scheinbar zu vernachlässigbaren Größen. Die maximale Entfernung war 1969 erreicht, als die erste Rakete mit Menschen an Bord den Mond erreichte – und zeitgleich ein Millionenpublikum weltweit das Ereignis auf dem Fernseh Bildschirm beobachtete. Angeblich war damals die Hälfte der existierenden TV-Apparate eingeschaltet.

Bislang gingen Mobilität und Kommunikation weitgehend Hand in Hand und steigerten sich wechselseitig, bis ein umfassendes globales Netzwerk entstanden war. Die Pandemie

führte aber zur Notwendigkeit, Mobilität und direkte Begegnung durch medial vermittelte Kommunikation zu ersetzen, um weiterhin Menschen über Distanzen hinweg zu verbinden. Ausgestorbene Verkehrsknotenpunkte wie Flughäfen und Bahnhöfe sind dafür ein beredtes Zeichen. Im Verlauf der Medientgeschichte lässt sich nicht nur ein Fortschritt in der Zeit- und Raumdimension, also eine Tempo- und Reichweitensteigerung erkennen, sondern auch eine immer größere Annäherung an die Präsenzsituation. Das Internet ist ein weiterer Schritt auf diesem Weg, weil es Partizipation, Interaktion und Multi-medialität verbessert hat. Das war auch die Voraussetzung für die rasche Verlagerung des Alltagslebens aus der Offline- in die Onlinewelt. Die Technik war ausgereift für diesen Notfall. Dreißig Jahre früher wäre Corona ganz anders verlaufen. Das gesellschaftliche Leben hätte sich nicht ins Digitale verschieben lassen, es wäre einsam geworden. Stattdessen, so schwärmte Hannes Vollmuth Ende Mai in der „Süddeutschen Zeitung“, erleben wir einen „Internet-Frühling“, der auch die Sicht auf das Internet verändert haben soll: Es sei nun „ein Problem-Löser statt -Bringer, ein Einsamkeits-Linderer statt -Verursacher. (...) Kein Ausflugsziel, sondern eine neue Heimat.“

Da mag gerade in der Frühphase der Krise etwas dran gewesen sein, als unbekümmertes Experimentieren und Improvisieren gefragt waren, auch in der Hochschullehre: Ein gewisser Mut zum Dilettantismus gehörte dazu, eine Vorlesung aufzuzeichnen, ohne professionelle Fernseh-Standards erfüllen zu können. Doch inzwischen müssen die Folgen dieses jüngsten Digitalisierungsschubs differenzierter bewertet werden.

Wie weit sollte also die Digitalisierung gehen? Nach wie vor gilt die Kommunikation unter Anwesenden als die ideale, ursprüngliche und authentische Form menschlichen Miteinanders. Abweichungen stehen unter dem Verdacht, dass sie verkümmerte Formen sind. Dies ist sicherlich ein zu pauschales Urteil, das die zusätzlichen medialen Möglichkeiten übersieht.

Zwischen Aufbruch und Irritation

Die Umstellung des Alltags führte zum Aufbrechen von Routinen und zu irritierenden Erlebnissen. Oft war an Details ablesbar, worin die Differenzen zwischen Offline- und Onlinewelt bestehen. So funktioniert in Video-Meetings der Blickkontakt nicht, dafür hat man sich immer selbst im Bild und kann seine Selbstdarstellung optimieren. Anekdoten darüber waren in den ersten Monaten der Pandemie ein beliebtes Gesprächsthema. Wenn fast alle Aktivitäten am gleichen Ort vereint sind, gehen Schwellen, Distanzen und Markierungen verloren, die sonst helfen, Situationen zu strukturieren. In Video-Meetings sieht man in fremde Wohnungen, staunt über den Geschmack von Kollegen oder bekommt unvermittelt Familienangehörige zu Gesicht. Dieser Kollaps der Kontexte ist nicht neu, sondern ein Prinzip

der sozialen Medien, in denen sich die Sphären mischen, was ein differenziertes Beziehungsmanagement erfordert.

Auch die Zeitplanung ändert sich im Homeoffice: Oft war bisher ein Ortswechsel für den nächsten Termin nötig – eine Fahrt mit der U-Bahn oder zumindest einige Schritte über den Flur. Online-Meetings sind dagegen oft eng durchgetaktet, das nächste ist nur einen Mausklick weit entfernt. Übergänge und Wartezeiten entfallen und damit die Atempausen für die Nach- und Vorbereitung, für Small Talk und zufällige Begegnungen. Zeitgewinne gehen auf Kosten der Entspannung und des Ungeregelten.

Die Demokratie ändert sich auch. Protestierende gegen die Corona-Maßnahmen sahen sich durch die Begrenzung des Demonstrationsrechts wesentlich in ihrer bürgerlichen Freiheit eingeschränkt (ohne dabei viel Rücksicht auf andere und deren

Gesundheit zu nehmen). Dass es erprobte Formen des Protests im Digitalen gibt, blieb ausgeblendet. Die Demonstrationen waren ein performativer Akt, mit dem gegen jene Regeln verstoßen wurde, die kritisiert werden sollten. Sie erinnern an die – aus heutiger Sicht absurden – Proteste gegen das Anlegen des Sicherheitsgurtes im Auto (nur dass es diesmal um die Sicherheit der anderen geht). Die Politisierung der Maske schuf einen kleinsten gemeinsamen Nenner, der für viele Lager anschlussfähig war.

Wenn sich Routinen auflösen, wird dies als Störung der gewohnten Ordnung wahrgenommen. Die Irritation, die davon ausgeht, ist aber zugleich eine Chance zum Weiterdenken. Dass sich der Horizont in der öffentlichen Debatte erweitert hat, hat auch – und recht banal – damit zu tun, dass in der Zwangspause mehr Zeit zum Nachdenken blieb. Zudem mussten Redaktionen Sendeplätze und Druckseiten füllen, weil Nachrichten aus Sport, Kultur und Unterhaltung ausblieben. „Corona“ war das beherrschende Thema – auch im Netz, wo sich auch radikale Positionen und Verschwörungstheorien ungefiltert Bahn brechen konnten. Daneben finden sich in den sozialen Medien aber auch die authentische Sicht der Krisenbetroffenen und die Debatten zu den großen Menschheitsfragen wie Klimawandel und Gerechtigkeit. Der Politikwissenschaftler Ivan Krastev bemerkte, die Pandemie „stärkt die Vorstellung, wenn nicht sogar die Tatsache, dass wir alle in derselben Welt leben.“

Prof. Dr. Christoph Neuberger

lehrt an der FU Berlin Publizistik- und Kommunikationswissenschaft und ist Geschäftsführender Direktor des Weizenbaum-Instituts für die vernetzte Gesellschaft. Er forscht zum digitalen Wandel von Medien, Öffentlichkeit und Journalismus, ist Mitglied der BAAdW sowie Co-Sprecher ihrer Ad-hoc-AG „Faktizität der Welt“.

Experiment gelungen

Die Corona-Krise hat den digitalen Wandel in der Arbeitswelt vorangetrieben. Das wird das Arbeiten nachhaltig verändern.

68%

der Befragten wünschen sich mehr Homeoffice nach der Coronakrise

bidt-Studie,
27.–29. März 2020

Millionen Berufstätige wechselten im März 2020 mit Beginn der Corona-Krise kurzerhand ins Homeoffice. Wie gut das geklappt hat, hat manche Führungskraft überrascht. „Die Unternehmen mussten in der Corona-Krise Modelle ausprobieren, die sie unter normalen Umständen nie eingesetzt hätten, weil es eine große Skepsis gab“, sagt Dietmar Harhoff. Der Innovations-experte sieht die Entwicklung als ein „großes Experiment“ und spricht von „alten Mustern, die teilweise von Verweigerung und Unterschätzung der Möglichkeiten geprägt waren“. Das klingt, als läge es Jahrzehnte zurück, dabei ist es gerade mal ein paar Monate her, dass Homeoffice hierzulande kaum verbreitet und oft an rigide Bedingungen geknüpft war. Im internationalen Vergleich galt Deutschland bei Homeoffice und Digitalisierung als Nachzügler.

Homeoffice-Studie des bidt

Dietmar Harhoff ist Direktor am Max-Planck-Institut für Innovation und Wettbewerb und am Bayerischen Forschungsinstitut für Digitale Transformation (bidt) der BADW. Das bidt, das mit seiner Abteilung Think Tank Entwicklungen der digitalen Transformation beobachtet, hat zu Beginn der Pandemie im März und mit einer Folgebefragung im Juni die Verbreitung von Homeoffice untersucht. Das Arbeiten von zu Hause aus hat demnach nicht nur stark zugenommen. Es kommt auch gut an. Im Juni gaben 85 Prozent der Befragten an, mit ihrer Situation im Homeoffice zufrieden zu sein. Und 70 Prozent derjenigen, die Homeoffice in ihrer Arbeit grundsätzlich für möglich halten, möchten es längerfristig nutzen.

Rückkehr zur Präsenzkultur wenig wahrscheinlich

Eine Rückkehr zur Präsenzkultur, wie sie deutsche Unternehmen vor Corona geprägt hat, scheint daher wenig wahrscheinlich. „Inzwischen ist Homeoffice nicht mehr nur eine Frage der Präferenz von Beschäftigten. Es wird in den Top-Etagen als Produktivitätsfaktor verstanden. Auf einmal müssen sich Manager rechtfertigen, wenn die Mehrzahl ihrer Teammitglieder im Büro sitzt, denn plötzlich wird auf die damit verbundenen Kosten geschaut“, sagt Dietmar Harhoff. Das habe weitreichende strukturelle Implikationen. Sie betreffen etwa den Nahverkehr und Geschäftsreisen, aber auch die Wertentwicklung bei Büroimmobilien.

Bei allen Vorzügen, die das Arbeiten von zu Hause aus haben kann, ist es doch, gerade unter Corona-Bedingungen, auch mit Belastungen verunden – etwa wenn zeitgleich Kinder betreut werden müssen oder die Arbeit am Küchentisch erledigt werden muss. Dietmar Harhoff beobachtet, dass dafür schon Lösungen entwickelt werden. „In der Peripherie der Städte entstehen bereits jetzt Teleworking-Spaces. Es wird gut ausgebaut Arbeitsplätze außerhalb der Büros für Menschen geben, für die Homeoffice vielleicht nicht ideal ist. Gerade große Unternehmen werden auf Remote-Work zurückgreifen.“ Den Begriff könnte man mit „Fern-Arbeit“ übersetzen: Gearbeitet wird zwar nicht vor Ort in der Firma, aber auch nicht unbedingt von zu Hause aus.

Das bidt empfiehlt in seiner jüngst veröffentlichten Studie, „die Vorzüge von Homeoffice mit den Vorteilen der Präsenzarbeit zu verknüpfen“. „Studien weisen darauf hin, Homeoffice nicht zu übertreiben“, sagt Dietmar Harhoff. Je nach Aufgabe scheinen maximal zwei bis drei Arbeitstage pro Woche empfehlenswert, damit die kollegialen Beziehungen nicht leiden und der informelle Austausch vor Ort im Büro erhalten bleibt. „Wir müssen nun an den Konzepten arbeiten und in Kompetenzen investieren“, sagt der Innovationsexperte. Das werde die Digitalisierung von Prozessen weiter vorantreiben und zu Verbesserungen der Effizienz und damit zu Produktivitätssteigerungen führen. „Es ist eine Investition, die sich für Unternehmen lohnt“ und die Deutschland einen „Aufholprozess im internationalen Wettbewerb“ beschert.

Die jüngere Entwicklung wird sich auch auf die Führungskräfte auswirken: Zumein könnten effizientere Prozesse bedeuten, dass mancher Posten im mittleren Management wegfällt.

Andererseits ist Homeoffice für Führungskräfte eine Herausforderung: „Ihre Aufgabe wird anspruchsvoller. Wenn alle Mitarbeiter da sind, kann ich improvisieren. Sind sie im Homeoffice, muss ich viel stärker Prozesse überdenken und planen.“

Digitale Kluft als Gefahr

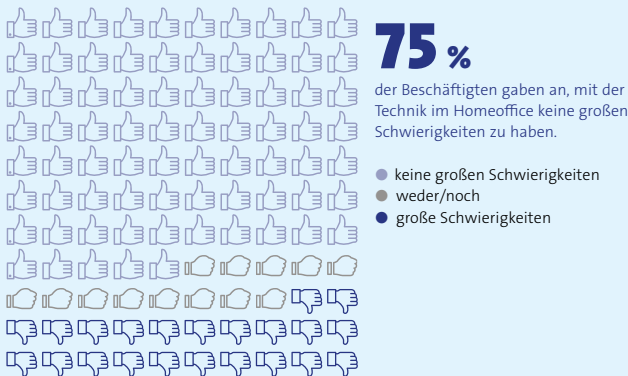
Die bidt-Studie zeigt jedoch auch, dass Homeoffice vielen nicht oder noch nicht möglich ist. Die Mehrheit der deutschen Erwerbstätigen arbeitet während der Corona-Krise nicht von zu Hause aus. Als Hauptgrund gaben die Befragten an, dass Homeoffice bei ihrer Tätigkeit nicht möglich sei. Da vor allem besser Ausgebildete Homeoffice nutzen, berge das die Gefahr, dass sich die digitale Kluft verstärkt zwischen den Menschen, die von der Digitalisierung profitieren, und jenen, die weitermachen müssen wie bisher, heißt es in der Studie. Das werde die Gesellschaft noch lange beschäftigen.

Text: nh

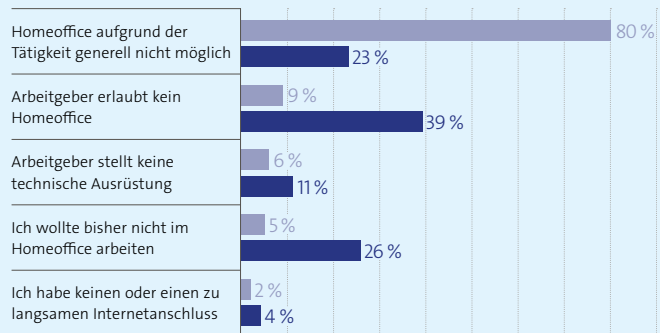
Homeoffice-Studie 2020

Die vollständige Studie des bidt, die auf zwei repräsentativen Kurzbefragungen von jeweils rund 1.500 Erwachsenen im März und Juni 2020 basiert, finden Sie unter: www.bidt.digital/studie-homeoffice2

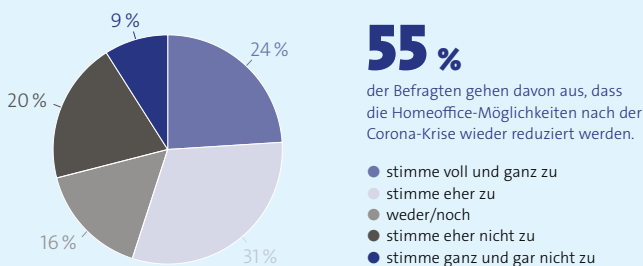
Keine großen Schwierigkeiten mit der Technik im Homeoffice



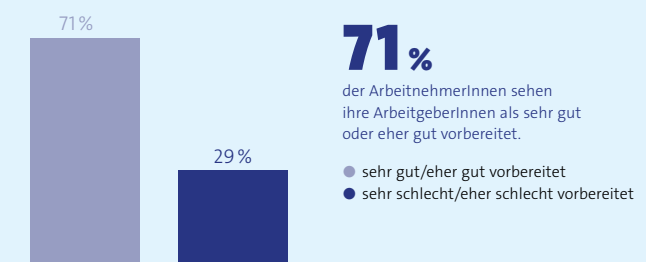
Hauptgründe für die Nicht-Nutzung von Homeoffice vor der Corona-Krise



Befürchtung, ArbeitgeberInnen könnten Homeoffice-Möglichkeiten nach der Krise wieder beschränken



ArbeitgeberInnen waren gut auf die Ausweitung von Homeoffice vorbereitet



Ein Schock und seine Folgen

Weltweit hat die Corona-Pandemie zu dramatischen Wirtschaftseinbrüchen geführt. Was werden die längerfristigen Folgen der Krise sein? Eine erste Bilanz nach sechs Monaten.

Von **Clemens Fuest**

74,3 Punkte

Der ifo Geschäftsklimaindex stürzt auf den niedrigsten jemals gemessenen Wert

ifo Geschäftsklimaindex Deutschland,
April 2020

Die Corona-Pandemie hat den tiefsten wirtschaftlichen Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg verursacht. In der letzten schweren Wirtschaftskrise, der weltweiten Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009, fiel die Wirtschaftsleistung zwischen Sommer 2008 und dem Tiefpunkt im zweiten Quartal 2009 um rund acht Prozent. In der Corona-Krise war der Einbruch plötzlicher und tiefer: Im zweiten Quartal 2020 lag die Wirtschaftsleistung in Deutschland um zwölf Prozent unter dem Niveau des letzten Quartals des Jahres 2019. Die aktuellen Frühindikatoren deuten darauf hin, dass sich die Wirtschaft im dritten Quartal 2020 wieder erholen wird, sodass die Hoffnung besteht, dass die Corona-Krise kürzer ausfällt.

Der Blick auf andere Länder

In anderen Ländern ist der Einbruch allerdings noch deutlich dramatischer als in Deutschland. In Spanien beispielsweise lag das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal um 23 Prozent unter dem Niveau vom Ende des Jahres 2019, in Großbritannien war der Einbruch ähnlich hoch, in Italien waren es immerhin 18 Prozent. Das liegt weit jenseits der Verluste in der Finanzkrise: Selbst in Großbritannien, das damals wegen der Bedeutung seines Finanzsektors besonders stark betroffen war, betrug der Rückgang der Wirtschaftsleistung nur rund acht Prozent, in Italien neun Prozent und in Spanien sechs Prozent. Auch in diesen Ländern ist zu erwarten, dass die Wirtschaft im dritten Quartal 2020 wieder wächst, aber es wird voraussichtlich lange dauern, bis das Vorkrisenniveau wieder erreicht ist. Hinzu kommt, dass angesichts derzeit stark steigender Infektionszahlen vor allem in Spanien Rückschläge nicht ausgeschlossen sind. Auch andere wichtige Volkswirtschaften sind von der Corona-Pandemie deutlich stärker betroffen als von der Finanzkrise. Das gilt für China, das in der Finanzkrise kaum Wachstumseinbußen zu verzeichnen hatte, aber auch für die USA.

Besonderheiten der Corona-Krise

Warum sind die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie so gravierend? Es gehört zu Wirtschaftskrisen, dass die Produktion sinkt, Arbeitsplätze verlorengehen und Firmen von Insolvenzen bedroht sind. Eine Besonderheit der Corona-Krise liegt aber darin, dass ganze Sektoren der Wirtschaft ihre Tätigkeit teilweise oder vollständig einstellen und Grenzen für den Güter- und Reiseverkehr geschlossen werden. Dazu kommt es in „normalen“ Wirtschaftskrisen nicht. Die Folgen solcher Produktionseinstellungen für das Wirtschaftswachstum sind massiv: Schon die Schließung von 25 Prozent der Produktion für vier Wochen verursacht eine Schrumpfung der jährlichen Wirtschaftsleistung um etwa zwei Prozent. Das erklärt die außerordentlich hohen wirtschaftlichen Verluste, die mit der aktuellen Krise einhergehen.

Diese Schließung bedeutet auch, dass staatliche Konjunkturprogramme nicht wirken wie sonst. Konjunkturpolitik versucht üblicherweise, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage anzuregen. Aber gerade in einer Pandemie ist es nicht erwünscht, dass die Menschen in die Geschäfte strömen. Solange Ansteckungsgefahr besteht, kann Geld vom Staat Menschen

helfen, die Zeit des Lockdowns zu überbrücken, aber die Produktion anzuregen ist kaum möglich. Eine Belebung der Wirtschaft ist erst dann machbar, wenn die Ansteckungsgefahr so weit gebannt ist, dass das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben wiederaufgenommen werden kann.

Wirtschaft versus Gesundheit?

In der Debatte über den Umgang mit der Krise wird immer wieder behauptet, zwischen wirtschaftlichen und gesundheitlichen Anliegen bestehe ein unauflöslicher Konflikt. Lockdown-Maßnahmen, also die Schließung bestimmter Unternehmen und Einschränkungen des öffentlichen Lebens, würden die Gesundheit der Bevölkerung schützen, aber dafür großen wirtschaftlichen Schaden anrichten. Diese schlichte Gegenüberstellung wird der Komplexität der Krise nicht gerecht. Zum einen ist eine Erholung der Wirtschaft nicht dadurch zu erreichen, dass Lockdown-Maßnahmen ohne Rücksicht auf Gesundheitsrisiken aufgehoben werden. Wenn Menschen befürchten, sich mit dem Corona-Virus anzustecken, werden viele von ihnen Restaurants, Kinos und Urlaubsreisen ebenso meiden wie den Einkaufsbummel, und sie werden auch nicht bereit sein zu arbeiten, wenn die Gesundheitsrisiken zu hoch sind. Studien über die letzte weltweite Epidemie, die sogenannte Spanische Grippe, dokumentieren, dass dort, wo die Verbreitung der Krankheit durch entschlossene Lockdown-Maßnahmen eingedämmt wurde, auch die wirtschaftlichen Verluste geringer waren als in Regionen, in denen derartige Eingriffe ausblieben und sich die Grippe ungehindert ausbreitete. Erste Studien, die das Konsumverhalten in US-Bundesstaaten vergleichen, zeigen, dass der Einfluss staatlicher Lockdown-Maßnahmen auf das Konsumentenverhalten erstaunlich gering ist. Die Aufhebung von Lockdown-Maßnahmen ohne Eindämmung der Epidemie kann die Erholung der Wirtschaft nicht sichern.

Dramatischer Anstieg der Staatsverschuldung

Zwischenzeitlich war die Corona-Epidemie in Deutschland und den meisten Ländern weltweit so weit eingedämmt, dass die geschlossenen Sektoren zumindest teilweise wieder geöffnet wurden, auch wenn zu befürchten ist, dass die aktuelle zweite Infektionswelle zu Rückschlägen im Öffnungsprozess führt. In vielen Ländern begleitet die Politik diesen Prozess mit massiven Konjunkturprogrammen, um die wirtschaftliche Erholung zu fördern. Das führt zu einem dramatischen Anstieg der Staatsverschuldung. Die steigende Verschuldung wird zu einem erheblichen Teil dadurch finanziert, dass die Notenbanken Anleihen staatlicher und privater Emittenten aufkaufen. Die steigenden Staatsschulden und das Anwerfen der

Druckerpresse durch die Notenbanken lösen bei vielen Menschen die Sorge aus, dass Staaten in eine Überschuldungskrise geraten oder Inflation drohen könnte. Kurzfristig können die Staaten auch deshalb ihre Schulden relativ problemlos ausdehnen, weil viele Anleger Risiken scheuen und Staatsanleihen für die sicherste Anlage halten. Außerdem steigt die Sparquote, weil viele Menschen sich Sorgen um ihre wirtschaftliche Zukunft machen.

Hohe Staatsschulden müssen auch künftig nicht zum Problem werden, solange die Zinsen niedrig bleiben. Niedrige Zinsen setzen voraus, dass das Vertrauen der Anleger in die Solidität der Staatsfinanzen erhalten bleibt. Um dieses Vertrauen zu erhalten, sollte die Finanzpolitik sich darauf festlegen, die Budgetdefizite nach Überwindung der Krise schrittweise wieder zu senken, allerdings ohne die Erholung zu gefährden. In Deutschland hilft die Schuldenbremse – also die Verpflichtung zu annähernd ausgeglichenen öffentlichen Haushalten in normalen Zeiten –, dieser Festlegung Glaubwürdigkeit zu verschaffen. Die Staatsverschuldung wird in Deutschland voraussichtlich auf Werte nahe 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen. Es ist durchaus möglich, diese Quote durch maßvolle Finanzdisziplin und Rückkehr zu Wirtschaftswachstum bis zur nächsten Krise so weit zu senken, dass erneut hinreichende Spielräume zur Stabilisierung bestehen. Andere Länder in der Eurozone, vor allem Griechenland und Italien, müssen hingegen mit Verschuldungsquoten zwischen 150 und 200 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung rechnen. Für sie wird es erheblich schwieriger, zu soliden Staatsfinanzen zurückzukehren. In der Eurozone sind deshalb wachsende Spannungen zu erwarten – das Risiko ist groß, dass einzelne Mitgliedstaaten ähnlich wie in den Jahren nach der Finanzkrise in Überschuldungsprobleme geraten.

Längerfristige Folgen der Krise

Welche längerfristigen Folgen wird die Corona-Krise für die Wirtschaft haben? Zum einen hat die Pandemie dazu geführt, dass sich die Digitalisierung der Wirtschaft beschleunigt. Arbeiten aus dem Homeoffice, Online-Shopping, Online-Banking, die Verlagerung von Veranstaltungen auf virtuelle Formate, all das führt zu einem beschleunigten Wachstum der Digitalwirtschaft. Während der Krise stiegen viele Menschen, die vorher weder ihre Einkäufe noch ihre Bankgeschäfte über das Internet getätigt haben, auf Online-Formate um. Zahlreiche Unternehmen haben das mobile Arbeiten ausgedehnt. Nach der Krise wird davon viel erhalten bleiben – die Nachfrage nach digitalen Dienstleistungen wird noch schneller wachsen als vorher.

Die Digitalisierung verschiebt nicht nur die Gewichte zu Gunsten der Digitalwirtschaft – und damit in großem Umfang auch zu Gunsten der großen US-Internetfirmen wie Amazon oder Google. Auch für die Beschäftigten wächst die Bedeutung digitaler

Die Corona-Pandemie hat den tiefsten wirtschaftlichen Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg verursacht.

156 Milliarden Euro

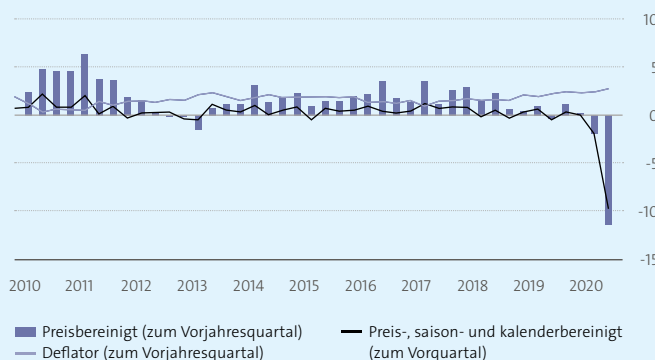
beträgt die Nettokreditaufnahme zur Finanzierung des Nachtragshaushaltes der Bundesregierung, um den Auswirkungen der Corona-Pandemie entgegenzuwirken

Deutscher Bundestag, Bewilligung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2020, 25. März 2020

Bruttoinlandsprodukt

Veränderung in %

Statistisches Bundesamt (Destatis), 2019/2020



35,4 %

der in Kurzarbeit Beschäftigten halten es für wahrscheinlich oder sehr wahrscheinlich, dass sie künftig arbeitslos werden

Mannheimer Corona-Studie,
1. Maiwoche 2020

Kompetenzen. An den Arbeitsmärkten wird das den schon vor der Krise vorhandenen Trend zu immer größeren Unterschieden zwischen gut und weniger gut qualifizierten Erwerbstätigen verstärken. Das wäre unproblematisch, wenn alle Menschen Zugang zu entsprechender Bildung und Ausbildung hätten. Genau das wird durch die Corona-Krise jedoch eingeschränkt: Die Schließung von Schulen und die Verlagerung des Unterrichts nach Hause oder auf Online-Formate verschlechtert vor allem die Ausbildung von Kindern aus bildungsfernen Milieus. Deshalb besteht die Gefahr, dass Divergenzen in den Einkommens- und Berufschancen wachsen. Die zwischenzeitliche Schließung der Schulen und Kindergärten hat außerdem dazu geführt, dass junge Familien und dabei vor allem Frauen belastet und in ihrer Berufstätigkeit behindert wurden.

Die Globalisierung der Wirtschaft zurückdrehen?

Eine weitere prägende Erfahrung in der Corona-Krise bestand darin, dass der internationale Handel vorübergehend unterbrochen war. Da viele Unternehmen Zwischenprodukte aus dem Ausland beziehen und hocheffiziente, aber störungsanfällige Wertschöpfungsketten mit Just-in-Time-Lieferungen betreiben, führte die Unterbrechung des Handels zur Stilllegung selbst von Fabriken, in denen kaum Ansteckungsgefahr besteht und die Produktion nicht hätte geschlossen werden müssen. Außerdem fehlten vielen Ländern wichtige medizinische Güter – beispielsweise Schutzmasken –, wenn sie nicht im Inland produziert wurden. Häufig wird deshalb nun gefordert, die Globalisierung der Wirtschaft zurückzudrehen und stärker auf heimische Produktion zu setzen, um künftig weniger störungsanfällig zu sein. Das wäre jedoch ein schwerer Fehler. Diese Forderungen übersehen, dass es auch bei heimischer Produktion zu Störungen kommen kann. Um das Risiko von Produktionsausfällen zu reduzieren, ist internationale Diversifizierung der bessere Weg – also die Abhängigkeiten von einzelnen Lieferanten zu vermeiden, egal ob sie in China, den USA oder im eigenen Land beheimatet sind. Wenn Fehlschlüsse über den Zusammenhang zwischen der Robustheit der Wirtschaft und der Globalisierung den ohnehin drohenden Trend zu mehr Protektionismus verstärken, könnte das die wirtschaftliche Erholung erheblich belasten.

Prof. Dr. Clemens Fuest

lehrt Volkswirtschaftslehre an der LMU München und ist Präsident des ifo Instituts – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. Seine Forschungsschwerpunkte sind Wirtschafts- und Finanzpolitik, internationale Besteuerung, Steuerpolitik und Unternehmensfinanzierung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sowie Kommunalfinanzen. Seit 2017 ist er Mitglied der BAdW.

Deutungs- kampf um ein Virus

Die Corona-Pandemie
und andere Krisen in den
USA: Ein Blick aus trans-
atlantischer Perspektive auf
ein gespaltenes Land.

Von **Heike Paul**

225.739

bestätigte COVID-19-Todesfälle
in den USA

Johns Hopkins University,
27. Oktober 2020

Dass die Corona-Krise eine „globale Krise“ ist, ist unbestreitbar. Ebenso offensichtlich ist jedoch, dass die Bewertung der Krise, die politischen Reaktionen und die Pandemie-Bekämpfungsstrategien im globalen Vergleich stark variieren. Kultur- und systemspezifische Muster prägen den Umgang mit der COVID-19-Pandemie, auch in den USA. Besonderes Augenmerk muss hier zudem auf die Thematisierung der (gescheiterten) Pandemiebekämpfung im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf gelegt werden. Zweifellos sind die USA immer noch besonders hart von der Corona-Krise und ihren Folgen betroffen. Einige Kommentare sprechen davon, dass es letztlich das am stärksten betroffene Land unter den Industrienationen sein könnte. Insofern gilt es, die kulturellen, politischen und sozialen Spezifika kurz zu beleuchten, die den Umgang mit der Pandemie dort beeinflussen und die auch in der aktuellen politischen Gemengelage zum Tragen kommen.

Das Corona-Virus in den USA

Seit Ausbruch der Pandemie in den USA zu Beginn dieses Jahres sind die gravierenden Auswirkungen der hohen Zahl an Infektionen und Toten in der amerikanischen Bevölkerung ebenso erkennbar wie die Reaktionsmuster der amerikanischen Politik und politischen Kultur: Erstens stand und steht die Rolle des Führungspersonals, vor allem des Präsidenten, und die Ausführung dieser Rolle durch Amtsinhaber Donald Trump als „Präsident im Krisenmodus“ seit Beginn der Pandemie in der Kritik; George Packer hat den Begriff einer „dysfunktionalen Regierung“ geprägt, um die Trump-Administration und die Pandemie-Taskforce unter Leitung von Vizepräsident Mike Pence zu beschreiben. Dabei werden Trumps Strategien der Verleugnung der Gefahr durch das Virus (Corona als „hoax“, d. h. als Schwindel), die resultierenden verzögerten Hilfsmaßnahmen seitens der amerikanischen Bundesregierung, die Abwertung wissenschaftlicher Expertise und die Dämonisierung des Virus als „fremd“ und als Angriff auf die USA (und die amerikanische Wirtschaft) von außen, dem man allein mit Grenzschließungen begegnen müsse, kritisch eingeordnet. Diese Form des Umgangs mit der Pandemie steht ganz im Zeichen von Trumps autoritärem Populismus.

Zweitens lassen sich auf der Ebene der Bundesstaaten im föderalen System der USA und in der Betrachtung der Situation bezüglich spezifischer Regionen und verschiedener Bevölkerungsgruppen in allen Landesteilen deutliche Unterschiede und Besonderheiten ausmachen: Der Fokus auf die Einzelstaaten und die Demografie zeigt gesellschaftliche und strukturelle Probleme, die durch die Corona-Krise besonders profiliert zutage treten, auch wenn sie nicht erst durch diese ausgelöst wurden: der Umstand, dass viele Amerikanerinnen und Amerikaner keine Krankenversicherung haben, dass nicht-weiße Teile der Bevölkerung unverhältnismäßig hart von dem Virus betroffen sind, dass Obdachlosigkeit bedingt durch überbelegten Wohnraum in den Städten grassiert, dass sich Arbeitslosigkeit in strukturschwachen Regionen verstetigt hat – das alles macht in Zeiten von Corona einmal mehr augenfällig, dass Armut in den Vereinigten Staaten, einer der reichsten Nationen der Welt, nicht zuletzt bedingt durch den dominanten Individualismus

69%

der befragten US-Bürgerinnen und -Bürger beurteilen den Umgang der USA mit dem Corona-Virus im Vergleich zu anderen Industrienationen als weniger erfolgreich

Pew Research Center, 6. August 2020

und den Neoliberalismus zu einer Frage von Leben und Tod werden kann.

Drittens hat die Corona-Krise gesellschaftliche und politische Konfliktlinien verschärft und die tiefen Gräben zwischen den politischen Lagern sichtbar gemacht. All die existentiellen Bedrohungen durch das Virus und die Begleiterscheinungen der Pandemie zeigen ein Land in Trauer und Wut.

Rassismus – ein „amerikanisches Virus“?

Seit der gewaltsamen Tötung des Afroamerikaners George Floyd durch einen Polizeibeamten Ende Mai ist die Black Lives Matter-Bewegung wieder erstarkt, und die Rede vom Rassismus als „amerikanisches Virus“ perspektiviert auch die Pandemie-Bekämpfung neu. CNN-Nachrichtensprecher Don Lemon formulierte es am 28. Mai 2020 so: „Es gibt heute Abend zwei schwere Krisen in diesem Land. Zwei lebensgefährliche Viren töten Amerikanerinnen und Amerikaner: COVID-19, Rassismus-20.“ Die Metapher ist schief, sicher, denn Rassismus ist kein unsichtbares Virus, das die Menschen einfach so befällt und dem sie ausgeliefert sind. Vielmehr ist es das Produkt einer systemischen und über Jahrhunderte tradierten, gewaltsam durchgesetzten Ausübung weißer Privilegien, deren Aufhebung bzw. Beseitigung in Zeiten eines aufflammenden Ethnonationalismus in den USA umso dringlicher ist. Dennoch artikuliert die Bildlichkeit sehr eindrücklich die Schmerzen der Opfer von Polizeigewalt, im buchstäblichen Sinne: ihre Atemnot und das Ersticken sowie die Dringlichkeit der Bekämpfung dieser Gewalt, auch auf struktureller Ebene. Auf die Proteste und Demonstrationen in zahlreichen amerikanischen Städten antwortete der amtierende Präsident in erwartbarer Weise vor allem mit „law and order“-Parolen und mit Strategien der Eskalation. Die Proteste kamen ihm gelegen, so eine verbreitete Einschätzung, um von den Auswirkungen der Pandemie und den eigenen Versäumnissen bei ihrer Bekämpfung abzulenken und stattdessen ein Szenario von im Chaos versinkenden, demokratisch regierten Städten (dies sind nahezu alle Metropolen der USA) heraufzubeschwören, das nur er mit harter Hand beseitigen könne und müsse. Die Frontstellung zwischen dem Präsidenten und den regionalen Amtsträgern, den

Gouverneuren der Einzelstaaten, in der Corona-Krise spitzte sich auf lokaler Ebene weiter zu in der respektlosen und maliziösen Art und Weise, wie der Präsident nun einzelne Bürgermeister antagonisierte.

Unter den Rädern des Wahlkampfwagens

Mehrere Monate später, im Herbst, blicken wir zurück auf eine Geschichte der massiv konfliktbehafteten Deutungskämpfe um die Auswirkungen des Virus auf die amerikanische Gesellschaft und die angemessene Form seiner Bekämpfung. Dabei ist zu beobachten, dass die vorhandenen Polarisierungen innerhalb der amerikanischen Gesellschaft, wenn überhaupt, nur sehr punktuell überwunden werden konnten und sich in einer Zeit, in der sich das Land in einem bisweilen hemmungslos geführten Wahlkampf befand, insgesamt noch verschärft haben. In der Tat haben wir in den letzten Monaten gesehen, was passiert, wenn die Corona-Krise durch parteipolitische Interessen instrumentalisiert wird. Die Parteitage der Demokratischen und der Republikanischen Partei Ende August haben dies überdeutlich werden lassen und dabei jeweils ihre eigene Deutungshoheit über die Corona-Krise (und andere Krisen) beansprucht.

Für die Demokraten diente der Parteitag der Beweisführung, dass Donald Trump ein ungeeigneter, fauler und empathiefreier Präsident ist. Michelle Obamas Rede, für viele Zuhörerinnen und Zuhörer eine der eindrücklichsten der Veranstaltung, kulminierte in dem Satz: „Donald Trump ist der falsche Präsident für unser Land.“ In der Gefühlsstruktur des amerikanischen Staatsbürger-sentimentalismus rief sie das amerikanische Wahlvolk auf, das Corona- (und anderweitige) Missmanagement Trumps zu beenden und ihn abzuwählen. Die Dämonisierung Donald Trumps in Zeiten von Corona und die Aktivierung der afroamerikanischen Wählerschaft im Zeichen einer neuen Bürgerrechtsbewegung waren die bestimmenden Themen des aufgrund von Corona erstmals virtuell durchgeführte Parteitag-Spektakels (und generell des Wahlkampfes der Demokraten). Empathie, Trauer und die tiefe Sorge um das Fortbestehen der amerikanischen Demokratie waren die bestimmenden Emotionen.

Die Bedrohungen durch das Virus und die Begleiterscheinungen der Pandemie zeigen ein Land in Trauer und Wut.

Während die Demokraten der Trump-Administration Empathielosigkeit und Regierungsversagen in der Pandemie attestierten, hob die Republikanische Partei auf ihrem Parteitag, der als kleinere Präsenzveranstaltung entgegen üblicher Gepflogenheiten von Trump teils auf dem Rasen direkt vor dem Weißen Haus abgehalten wurde, einmal mehr auf die Dämonisierung des Fremden ab, indem sie das Virus zum feindlichen Eindringling erklärte. Dies war etwa zu hören in der Parteitagsrede von Donald Trump Jr., der die fantastische Leistung seines Vaters und einen nie dagewesenen ökonomischen Aufschwung hervorhob, eine Leistung, die dann vom „chinesischen Virus“ und mit „freundlicher Genehmigung der kommunistischen Partei Chinas“ zunichte gemacht worden sei. Diese Perspektive deckt sich mit den Äußerungen seines Vaters, der in Tweets stets vom „chinesischen Virus“ oder vom „Wuhan-Virus“ spricht. Im (Parallel-)Universum der Republikanischen Partei besteht jedenfalls kein Zweifel, dass Präsident Trump schnell und umsichtig auf die Pandemie reagiert habe.

In welchem Ausmaß die toderne Aufgabe einer kompetenten Bekämpfung des Corona-Virus unter die Räder des Wahlkampfes geriet, sieht man bereits daran, dass sich der Amtsinhaber wiederholt darüber lustig machte, dass sein politischer Gegner Joe Biden in der Öffentlichkeit eine Gesichtsmaske trage – und sich vermeintlich als ängstlich, unmännlich, sogar unamerikanisch erweise. Beide Kandidaten gehören bekanntlich zur Risikogruppe: Trump ist Jahrgang 1946, Biden Jahrgang 1942.

Nicht die einzige Krise

Die Corona-Krise und ihre sozialen, politischen und wirtschaftlichen Folgen sind und bleiben nicht die einzige Krise, die die USA derzeit zu bewältigen haben und die in den letzten vier Jahren arg gebeutelte amerikanische Demokratie einem weiteren schweren Belastungstest ausgesetzt hat. Der autoritäre Populismus des Donald Trump wird – unabhängig vom Wahlausgang (Redaktionsschluss für diesen Artikel war der 9. September 2020) – noch lange nachwirken: in der amerikanischen Gesellschaft, in den politischen Institutionen

Haben die Vereinigten Staaten im Umgang mit dem Corona-Virus bislang gute Arbeit geleistet?

Pew Research Center, 15. September 2020

15%

der Befragten in 13 Ländern Nordamerikas, Europas und Asiens stimmen zu

Viele Amerikaner und Amerikanerinnen haben keine Krankenversicherung, nicht-weiße Teile der Bevölkerung sind unverhältnismäßig hart vom Virus betroffen.

des Landes und in der Art und Weise, wie die Amerikanerinnen und Amerikaner die Präsidentschaft und die Person im Oval Office beäugen. Die strukturellen Ungleichheiten, die die Pandemie wie in einem Brennglas sichtbar gemacht hat, wird auch ein Präsident Biden nicht beseitigen können. Sein Wahlkampfprogramm hat viele Forderungen des sogenannten linken Flügels seiner Partei stark abgeschwächt – darunter die einer umfassenden Krankenversicherung für alle Amerikanerinnen und Amerikaner. Dennoch steht Biden für eine andere Form der politischen Kommunikation, einen anderen Politikstil und andere symbol-politische Praktiken. Welche Auswirkungen die Corona-Krise auf das Wahlverhalten der Amerikanerinnen und Amerikaner hat(te), wird noch differenzierter auszuwerten sein. Das Abklingen der Pandemie ist jedenfalls für die USA ebenso zu erhoffen wie eine Erholung der amerikanischen Demokratie.

Prof. Dr. Heike Paul

lehrt Amerikanistik an der Universität Erlangen-Nürnberg, ist Direktorin der Bayerischen Amerika-Akademie und Mitglied der BAdW. Sie forscht zu amerikanischen Mythen, Populärkultur und Gender Studies, afroamerikanischer Literatur und Geschichte sowie kultureller Mobilität. Im ersten Halbjahr 2020 war sie Stipendiatin im Thomas Mann House in Pacific Palisades, Los Angeles.

Im Mai 2020 schilderte Heike Paul ihre Eindrücke aus dem gespaltenen Land in der Corona-Krise, nach der US-Wahl analysierte sie das Ergebnis. Sie finden beide Podcasts unter: badw.de/die-akademie/presse/podcast

